



Verkehrspolitik | 06.04.2016 | Nr. 160/16

Daniel Günther: Die Notwendigkeit der A20 steht außer Frage

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, hat heute (6. April 2016) mit Blick auf die Berichterstattung im SHZ die Notwendigkeit des vollständigen Ausbaus der A20 unterstrichen.

„Die A20 muss kommen. Das ist auch nach der Vorlage des Umweltberichts zum Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans so. Die A20 bringt wirtschaftliche Vorteile von rund sechs Milliarden Euro, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen, und hat zugleich eine enorme Entlastungswirkung für die A7 mit positiven Umweltauswirkungen“, betonte Günther.

Der Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein für den Neubau der A20 östlich der A23 nur eine geringe bis mittlere Umweltbetroffenheit gebe. Darüber hinaus könne es westlich der A23 angesichts eines Autobahnneubaus auf einer Länge von rund 160 Kilometern niemanden ernsthaft wundern, dass die Umweltbetroffenheit hoch sei. Ein anderes Ergebnis sei wenig glaubhaft.

„Natürlich stellt die A20 westlich von Hohenfelde einen hohen Eingriff in die Natur dar. Unverantwortlich wäre es aber, hieraus den Schluss zu ziehen, auf die A20 zu verzichten. Denn der Eingriff ist abzuwägen mit den Belastungen für andere Regionen in Schleswig-Holstein und mit der wirtschaftlichen Entwicklung Norddeutschlands, wenn die A20 nicht käme. Für die A7 bringt die A20 zum Beispiel enorme Entlastungseffekte, auch unter ökologischen Gesichtspunkten“, unterstrich Günther.

Zugleich begrüßte Günther die Anstrengungen des Bundesverkehrsministers, der mit seinem Umweltbericht erstmalig eine umfassende Bewertung und Einberechnung aller Faktoren vorgenommen habe. „Das ist eine Mammutaufgabe gewesen. Bundesverkehrsminister Dobrindt hat damit eine Transparenz geschaffen, die es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben hat“, so Günther.

Bei der aktuellen Trassenplanung der A20 seien bereits heute 90 Prozent der notwendigen Flächen im Besitz des Bundes. Forderungen, die A20 und ihre westliche Elbquerung aufzugeben und ausschließlich auf eine östliche Querung bei Geesthacht zu setzen, erteilte Günther eine klare Absage.

„Eine solche Planänderung würde verkehrspolitischen Stillstand für die nächsten 20 Jahre bedeuten. Das kann sich Schleswig-Holstein nicht leisten“, betonte Günther.